

Abschlussveranstaltung am 14.2.2012, 19 Uhr.

Anwesend: ca. 50 Teilnehmer/-innen, inkl. Mitglieder des Ortsrates und der Politik.

Zu Beginn erläutert Bürgermeister Meineke das Verfahren und wie es nach Ablauf der Beteiligungsphase nun weitergeht. Anschließend stellt er erste Ergebnisse im Überblick vor. Danach erläutert H. Kubicek die Einordnung des Verfahrens in den Kreis anderer, ähnlicher Verfahren und hebt die überaus hohe Beteiligungsquote und die Qualität der Beiträge hervor. Anschließend stellt Herr Mainka die Ergebnisse der zur Abstimmung gekommenen Maßnahmen vor (s. Folienpräsentation auf der Website).

Neben der Ideensammlung an der Online-Pinnwand gab es mehrere Treffen der Arbeitsgruppen, Ortsbegehungen und Fr. Meyer bot zwei Konsultationstermine an. Somit wurden auch denjenigen Beteiligungsmöglichkeiten geboten, die sich nicht über Internet beteiligen konnten.

An der Abstimmung konnten sich die ca. 550 Einwohner, verteilt auf über 300 Haushalte des Hohen Felds, beteiligen. Die über 300 Haushaltsvorstände wurden hierzu per Post angeschrieben. Das Anschreiben enthielt die Einladung zur Abstimmung und ein Passwort, das für die Online-Abstimmung benötigt wurde. Abstimmen konnte man aber ebenso auf dem Rathaus.

Diskussion der Ergebnisse mit den anwesenden Bürger/-innen, Teil 1

1. Anmerkung zur Abstimmung über die Spielplätze: In den Abstimmungsergebnissen fallen die Jugendlichen in den Spielplätzen „hinten runter“. In keinem der vier Spielplätze werden die Jugendlichen bedacht. In der politischen Entscheidungsfindung müssen die Bedürfnisse der Jugendlichen aber dennoch mit berücksichtigt werden. Hierzu gibt es größere Zustimmung im Publikum.
2. Frage zu den Haltelinien: Sinnvollerweise müssten sie an den Hauptstraßen sein und nicht nur an den Seitenstraßen. Allg. Zustimmung durch die Anwesenden.
3. Anmerkung zur Abstimmung mit der Quote von 60%iger Beteiligung aller angeschriebenen Haushalte: Dies wurde als überraschender Erfolg geschildert. Allerdings hätte dies nur organisatorische Gründe, weil das Verfahren überwiegend über Internet ablief und Teile der Bevölkerung davon ausgeschlossen wurden, weil der Anteil der Haushalte, die Internet nutzen, aufgrund des Anteils älterer Einwohner im Hohen Feld unter 50% läge. Zu fragen wäre daher, ob und im welchen Verhältnis die Abstimmungen online oder per Post eingegangen sind (direkte Antwort darauf: 14 von 184 Abstimmungen gingen per Papierfragebogen ein). Als nachteilig wurde es daher gesehen, dass der Auftakt vor Ort groß und gut organisiert war, die Diskussion dann aber überwiegend im Internet stattfand (und somit viele davon ausgeschlossen waren). Berücksichtigt man insbesondere den Altersschnitt im Hohen Feld, könne daher das Abstimmungsergebnis nicht als repräsentativ gelten. Darüber hinaus sei ihm nicht aufgefallen, dass die eingebrachten Ideen und Vorschläge wesentlich über die eigenen Interessen hinausgegangen sind. D.h. der Eigennutz der Beteiligten stand regelmäßig im Vordergrund und Interessen von Nachbarn wurden nicht oder nur kaum einbezogen. Vor diesem Hintergrund

fragt er sich, was die Ergebnisse für die Entwicklung der politischen Beteiligung in der Gemeinde generell bedeuten, wenn ein Verfahren derart gestaltet ist (Konzentration auf Eigennutz der Beteiligten und Beteiligungsart im wesentlichen über Internet mit gleichzeitigem Ausschluss eines großen Teils der Bevölkerung).

4. Es war in der Präsentation die Rede von einer Ampelanlage an der Bushaltestelle. Gab es alternativ den Vorschlag für einen Zebrastreifen? Es gab vor Jahren schon die Anregung, insgesamt einen besseren Übergang in diesem Bereich zu gewährleisten. Antwort: Ja, es gab diesen Vorschlag in den AGs, allerdings taucht dieser nicht im Maßnahmenplan auf.
5. Gab es nicht auch die Überlegung oder Frage, aus welchen Gründen Spielplätze nicht in Grünanlagen überführt werden sollen? Antwort: Nein.
6. An Herrn Meineke: Wie kam man von der hohen Anzahl von 122 Vorschlägen in der Ideensammlung zu lediglich 22 abzustimmenden Maßnahmen? Antwort: Es musste zusammengefasst werden, um grobe Meinungsbilder zu erhalten. Z.B. wann halten Sie Eingriffe in öffentliches Grün für gerechtfertigt. Man hätte allein 10 Fragen zu Einzelbäumen stellen können. Aber dann wird so ein Fragebogen ja auch zu detailliert und beliebig. Es ging in erster Linie darum, Meinungsbilder einzuholen. Anschließend geht es dann mit allen Vorschlägen in die politische Beratung.
7. Anmerkung zu den Jugendlichen: Auch wenn sie nur wenig Prozent erreicht haben, kann man sie jetzt nicht vernachlässigen. Man weiß ja nicht, wie viele Jugendliche letztendlich abgestimmt haben. Antwort von H. Meineke: Es gab einen wichtigen Vorschlag an der Pinnwand, in dem vorgeschlagen wurde, das Jugendparlament in die Gestaltung des Hohen Feldes mit einzubeziehen.
8. Anmerkung: Jugendliche müssen auf jeden Fall mehr mit einbezogen werden. Sie sind flexibler, können also auch weitere Strecken zurücklegen. Man muss einen Platz finden, an dem Jugendliche sich treffen können. Der Fragesteller kommt vom Verkehrsbeschilderungsverein und bittet die Bürger, Vorschläge zu machen, wo Jugendliche sich treffen könnten.
9. Was passiert in der Barsinghäuser Str. mit den Platanen? Antwort H. Mainka: Die Abstimmung ergab ein ausgeglichenes Bild, er kann daher hierzu noch nichts sagen. Das muss an anderer Stelle entschieden werden.
10. Anmerkung zu Jugendliche: Man muss auch in die Zukunft daran denken, dass die Kleinkinder von heute die Jugendlichen von morgen sein werden und die Belange der Jugendlichen müssten daher unbedingt beachtet werden.
11. Jugendliche: Jugendliche findet man eigentlich kaum auf Spielplätzen. Die brauchen andere Plätze, bzw. die haben auch weniger Zeit und können sich ohnehin auch nicht auf Spielplätzen abends aufhalten. Antwort H. Mainka: Angebote für Jugendliche machen sehr viel Krach und nehmen viel Platz ein. Deshalb gab es erst mal die allgemeine Frage an die Bürgerschaft, welche Spielgelegenheiten prinzipiell geschaffen werden sollten. Und das Votum war hier pro Kinder und Senioren und damit eindeutig.
12. Sie selbst wohnt am Spielplatz und sieht da nie jemanden spielen. Ihr stellt sich daher die grundsätzliche Frage, ob die Spielplätze überhaupt alle benötigt werden.
13. Grundsätzlich sind das ja alles Anregungen, über die abgestimmt wurde. Diese werden ja in den politischen Gremien nochmal besprochen und da sollte der Fokus eben auch auf alle möglichen Zielgruppen gelenkt werden. Angebote wie Basketballkörbe müssen dann dort auch betrachtet werden. Antwort H. Mainka: Daher wurde in der Abstimmung ja auch die Frage nach der Erreichbarkeit gestellt. Jugendliche können prinzipiell weitere Strecken zurücklegen als Kinder oder Senioren.

Anschließend an die 1. Diskussionsphase fasste Herr Meineke die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens und der Diskussion noch mal kurz zusammen:

- Ziel der Abstimmung war es, ein Meinungsbild zu erhalten. Das Ziel war es nicht, mit den Beteiligungsergebnissen an Politik und Verwaltung vorbeizugehen.
- Aber das Beteiligungsergebnis hat ihnen sehr geholfen, Fragen zu lösen und zu erfahren, was die Leute bzgl. der Entwicklung im Hohen Feld denken. Dieser Prozess hat sehr gut funktioniert.
- Sein Wunsch ist es, dass die Arbeitsgruppen mindestens so lange weiter bestehen sollen, bis die Maßnahmen umgesetzt sind.
- Zur Frage der Beteiligung über Internet und ohne Internet: Es gab zum Verfahren eine Hauswurfsendung und eine Sendung mit der Citypost. Dazu gab es die Auftaktveranstaltung, die Arbeitsgruppen und die engagierte Moderatorin. Alle Einwohner des Hohen Felds waren also über den Ideenfindungsprozess informiert worden und es gab für alle die Möglichkeit der Beteiligung.
- Weiterer Mehrwert des Beteiligungsverfahrens: Informationsgewinn: Z.B.: 1 Euro-Arbeiter und Zivis wird es auf dem Bauhof aufgrund der gesetzlichen Änderungen im Zusammenhang mit dem neu eingeführten Bundesfreiwilligendienst zukünftig nicht mehr geben können. Zukünftig muss hier auf andere Saisonarbeiter zurückgegriffen bzw. andere Lösungen gefunden werden. Dies war der Verwaltung vorher nicht so bewusst, sondern kam in den Diskussionen in den Arbeitsgruppen und der Ortsbegehung zu Tage. Ein anderes Ergebnis ist der Wunsch nach der Organisation von Ortsfesten u.ä.

Diskussion der Ergebnisse mit den anwesenden Bürger/-innen, Teil 2

14. Frage aus der Politik. Wie können wir die Meinungsbildung zu dem machen, was die Bürgerinnen und Bürger erwarten? Z.B. zur Frage der Platanen. Also wie soll sich die Politik in dieser Frage verhalten? Wenn die Mehrheit von 29% für die Lösung waren, die Platanen auf den Stock zu setzen, akzeptieren die Bürgerinnen und Bürger dann die Entscheidung? Oder anders gefragt, würden die Bürgerinnen und Bürger die erzielten Mehrheiten aus der Abstimmung akzeptieren?
15. Ein Teilnehmer weist darauf hin, dass der Wunsch in der Platanenfrage ja nicht eindeutig war mit 29%. Betrachtet man die Ergebnisse aller vier zur Verfügung gestellten Optionen so war das Ergebnis ziemlich ausgeglichen.
16. Antwort: Die Fragen in der Abstimmung waren teils widersprüchlich, z.B. wenn man die Frage mit der Zerstörung der Infrastruktur hinzunimmt.
17. Antwort: Die Gremien sollten die Sachlage genau prüfen und erst die technischen Fragen klären, z.B. ob Gasleitungen durch die Bäume gefährdet sind. Darauf aufbauend sollten sie sachlich begründet entscheiden.
18. Antwort, dass in der Entscheidungsfindung auch die Anlieger mit z.B. gesundheitlichen Problemen berücksichtigt werden müssen. D.h. dass sich die Gremien auch ernsthaft mit den Problemen durch die Platanen beschäftigen und sich bei der Entscheidung z.B. nicht nur auf die Baumschutzsatzung berufen.
19. Antwort: die Platanen wurden vor über 30 Jahren gepflanzt. Nach heutigen Kenntnissen würde man dies in einem Wohngebiet so nicht mehr wiederholen. Wenn man jetzt die Schäden

- beseitigt, dann sind sie in ein paar Jahren wieder da. So muss man das hinsichtlich der sich wiederholenden Kosten auch mittelfristig betrachten.
20. Antwort: man könnte einen Sachverständigen beauftragen, der prüft, was die Bäume in 15 Jahren kosten. Antwort H. Meineke: Die Frage der Bäume ist eine Aufgabe der Verwaltung und wird von ihr genau geprüft werden müssen.
 21. Antwort auf Frage 14: Klar respektieren wir die Mehrheiten der Abstimmung. Wenn jetzt die Verwaltung hergeht und die Maßnahmen, über die die Bürger abgestimmt haben, selbst bewertet, dann hätten wir uns das ganze Verfahren ja schenken können.
 22. Hinweis: auf der Pinnwand stand geschrieben, dass nicht nur die Platanen ein Übel sind, sondern auch die Ahornbäume im Hohen Feld. Hätte man die Abstimmung wirklich eindeutig gemacht, differenziert nach den Bäumen, dann hätten sie auch ein eindeutiges Votum erhalten, wie mit den einzelnen Bäumen umgegangen werden soll.
 23. Anmerkung: Entscheidend ist nicht die Mehrheit, sondern die betroffene Minderheit.
 24. Anmerkung: Wir haben gesehen, wie unterschiedlich die Voten zu den einzelnen Fragen ausgefallen sind, d.h. es gibt keine eindeutige Mehrheit und daher gibt es keine 100%ige Sicherheit für Kommunalpolitiker, sich auf dieses Votum zu verlassen. Die Diskussion muss daher noch in der Öffentlichkeit weitergeführt werden. In den AGs, in denen er involviert war, gab es überwiegend nur Eigeninteressen, die vertreten wurden. Diese betrafen kaum das Gemeinwohl.
 25. Antwort H. Kubicek: Antwort auf die Repräsentativität der Ergebnisse. Im Verfahren gibt es unterschiedliche Interessen und Anliegen und daher kann es keine einheitliche Repräsentativität geben. Es gab aber auch Mehrheiten von 80% zu einzelnen Fragen. Es gab auch keine Ausschlüsse aus der Beteiligung, denn es gab Möglichkeiten, sich online wie offline zu beteiligen. Zweimal per Post und über die Medien waren insb. Leute ohne Internet angesprochen worden. An der Legitimität der Abstimmung muss daher nicht gezweifelt werden. Darüber hinaus, die Legitimität der Entscheidung ist ja bei Kommunalwahlen auch gegeben, obwohl die Wahlbeteiligung regelmäßig nur bei um die 60% liegt. Warum Einzelne nicht abstimmen, ist dann deren Sache. Aber daraus zu schließen, dass das Verfahren nicht repräsentativ sei, sei falsch.
 26. Frage zu Bäumen: Unmittelbar Betroffene haben natürlich auch unmittelbare Interessen. Aber auch die anderen - nicht unmittelbar Betroffenen - sind ebenfalls von den Bäumen betroffen, die Fußgänger, die Rollatorfahrer, etc. Also auch andere sind potenziell von den Bäumen gefährdet.
 27. Kritik am Verfahren: Die Abstimmungsfragen sollten generell ergänzt werden durch eine Antwortoption „weiß nicht“ oder „kann hierzu nichts sagen“. Im Abstimmungsfragebogen wird man aber quasi gezwungen, über jede Frage abzustimmen, auch wenn man keine eigene Meinung dazu hat. (Anmerkung der Redaktion: Die Abstimmungsfragen sind keine Pflichtfragen, d.h. kann oder möchte man sein Votum zu einer Fragestellung nicht abgeben, muss man dies auch nicht und geht weiter zur nächsten Frage).
 28. Anregung / Bitte: Dort wo es wirklich brennt, noch mal nachzuschauen.
 29. Frage zum Punkt Kosten sparen bzgl. Zivildienstleistender. Wieso ist das so? Wieso kann man die zukünftig nicht mehr einsetzen. Antwort H. Meineke: Freiwilligendienst wurde geöffnet, z.B. für Ältere. Und die dürfen nun keine Konkurrenz zu anderen Arbeitern sein.